FREIE BÜRGER FÜR BADEN-BADEN e.V.

Freie Bürger für Baden-Baden e.V. · Lichtentaler Straße 13 · 76530 Baden-Baden

Bürgermeister der Stadt Baden-Baden
Herrn Michael Geggus
Briegelackerstr. 21
76530 Baden-Baden

Marianne Raven
Stadträtin

In Kopie an Frau Oberbürgermeisterin Margret Mergen

Baden-Baden, den 11.01.2016

Sicherheitskonzept für Baden-Baden

Sehr geehrter Herr Geggus,

es freut uns von der Wählerinitiative FBB sehr, dass die Stadtverwaltung von dem Plan, 1.000 Flüchtlinge auf dem Waldseeplatz unterzubringen, abgerückt ist; dem haben wir schon in der Planungsphase mehrheitlich nicht zugestimmt. Auch die von mir in der Stadtratssitzung vom 28. September 2015 vorgeschlagene Sondersitzung wurde dann doch kurzfristig einberufen.

Soweit, so gut. Dennoch fehlt noch das von mir vielfach geforderte Sicherheitskonzept für Baden-Baden, insbesondere unter Berücksichtigung der Frauen und jungen Mädchen in unserer Bevölkerung, aber auch unter den Flüchtlingen selbst. In der Gemeinderatssitzung vom 28. September 2015 und in der Sondersitzung vom 19. Oktober 2015 hatte ich explizit darum gebeten. Auch die Baden-Badener FDP hat diese Forderung jetzt aufgegriffen.

Vor dem Hintergrund der hundertfachen, widerlichen sexuellen Übergriffe auf Frauen und junge Mädchen in mehreren deutschen Städten in der Silvesternacht und der allein im Stadtkreis Baden-Baden für dieses Jahr prognostizierten Zugänge von hauptsächlich jungen männlichen Flüchtlingen bis zu 2.000 **stelle ich hiermit nunmehr offiziell den Antrag an die Stadtverwaltung, bis Ende Februar ein Sicherheitskonzept vorzulegen, dass unter anderem eine einzelne, getrennte Flüchtlingsunterkunft für Frauen und Familien vorsieht sowie eine Hotline für attackierte junge Mädchen und Frauen sowohl in der Bevölkerung als auch in den Flüchtlingsunterkünften.** Auch wäre ein Beschäftigungsprogramm für männliche Flüchtlinge sinnvoll. Ehrenamtliche sollten bezuschusst werden, damit sie weiterhin in der Betreuung der Flüchtlinge unterstützend tätig bleiben.

Letztlich bitte ich um einen Überblick, welche Struktur es für die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtliche bei der Betreuung der Flüchtlinge gibt.

In der Vergangenheit haben Sie in Informationsveranstaltungen den Bürgern und Bürgerinnen nicht ihre Sorgen nehmen können. So haben Sie zum Beispiel in der Bürgerversammlung in der Rheintalhalle in Sandweier vom 2. November 2015 eher versucht, durch offensichtlich verharmlosende und unrichtige Äußerungen eine Situation zu beschreiben, die sich so nicht darstellt.

Auf die Frage einer jungen Bürgerin nach der Religion der Flüchtlinge haben Sie sinngemäß geantwortet, dass Religionszugehörigkeit nicht registriert werden würde und Sie daher keine Auskunft darüber geben könnten. Eine solche Information wird aber durchaus registriert und sogar offiziell veröffentlicht, so auf der Internetseite des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF).

Danach sind von den bisher registrierten Flüchtlingen die meisten muslimischen Glaubens, s. Internetseite BAMF. Und ca. 70 % der Flüchtlinge sind junge Männer. Über diese Gruppe sagte der Tübinger Oberbürgermeister, der Grüne Boris Palmer: "Es kommen vor allem junge Männer, die hier geltende Werte nicht teilen."

Auch Ihre auf der Informationsveranstaltung vom 2. November 2015 gezeigte Übersicht über die Nationalitäten stimmt nicht mit der von der BAMF überein; schon gar nicht mit der Übersicht der Stadtverwaltung zu denjenigen, die sich im Stadtkreis Baden-Baden aufhalten.

Ein Beispiel: Die BAMF-Übersicht zum 31. Oktober weist für Syrer einen Prozentsatz von 20,3 aus, Ihre Präsentation 22,7%. In der veröffentlichten Statistik der Stadtverwaltung vom 4. September 2015 über die anwesenden Flüchtlinge im Stadtkreis Baden-Baden werden die Syrer unter "ferner" aufgeführt. Das heißt, dass bei 444 Flüchtlingen höchstens 10 syrischer Nationalität sind, also höchstens 2 %.
Nun sind seit dem 4. September bis zum 2. November 156 weitere Flüchtlinge angekommen. Um 22,7 % zu erreichen, müssten davon allein 126 syrischer Nationalität gewesen sein. Wenig schlüssig, nicht wahr? Oder haben Sie die Prozentzahlen von Baden-Württemberg zeigen lassen? Dann fragt man sich, warum?

Schade auch, dass in der Präsentation über die Nationalitäten ein großer Anteil (34,15%) nicht näher unterteilt wurde. Das erweckt den Eindruck, dass deren Zahl nur gering ist. Was aber nicht unbedingt der Fall ist. In dieser Gruppe befinden sich zum Beispiel Flüchtlinge aus Nigeria, die in der Statistik der Stadt vom 4. September noch 6 % ausmachten. Ebenso verhält es sich mit den Flüchtlingen aus dem Kosovo, die in der Stadtstatistik noch mit 9 % aufgeführt sind. Oder Serbien: 8 %.

Zu gering, um das anzuzeigen? Wohl nicht, denn die Übersicht am 2. November 2015 bildet Kamerun mit 8,6 % ab, Eritrea mit 4,7 % und Iran gar mit nur 1,23 %.

"Abgänge" gab es nach Auskünften der Oberbürgermeisterin bis jetzt so gut wie keine.

Und wieder fragt man sich, warum werden bestimmte Länder in einem Block zusammengeführt, andere explizit ausgewiesen, obwohl sie prozentual ähnlich oder gar geringer sind?

Vielleicht, weil dann klar werden würde, dass weit mehr als die Hälfte der in Baden-Baden anwesenden Flüchtlinge keinerlei Aussicht auf Anerkennung ihres Asylantrags haben werden?

Wie sagte der Vorsitzende des Bundes Deutscher Kriminalbeamter (BDK), Andre Schulz, im November der Presse unter der Überschrift "Zehn Prozent der Flüchtlinge werden straffällig": "Es kommen eine Menge junger Männer aus Perspektivlosigkeit hierher und bleiben perspektivlos. Das sind Risikofaktoren für Straffälligkeit." Und weiter: "Es sind keine

Syrer, keine Afganen, keine Iraker. Sondern junge Männer aus dem Balkan, dem Kaukasus, Nord-, West-, Zentralafrika."

Verbindet man diese Aussage mit den bei uns anwesenden Flüchtlingen, kommt man zwangsläufig zu dem Ergebnis: Zehn Prozent der Gruppe junger Männer, die bei uns mehr als die Hälfte der anwesenden Flüchtlinge ausmachen, sind Risikofaktoren für Straffälligkeit.

Ich bin der festen Überzeugung, dass Sie sich auf die Bürgerinnen und Bürger unseres Stadtkreises verlassen können, auf ihre Hilfsbereitschaft, auf ihre Offenheit und Freundlichkeit Fremden gegenüber und auf die richtige Einschätzung von Begebenheiten, vor allem auf ihre Gesetzestreue.

Um diese Einstellungen aufrecht zu erhalten, bedarf es von Ihnen als zuständigem Bürgermeister ein hohes Maß an Ehrlichkeit. Die obigen Ausführungen weisen eher auf eine Verschleierungstaktik Ihrerseits hin. Vielleicht wollen Sie die Abwesenden beruhigen? Der von Ihnen eingeschlagene Weg wird leider wohl das Gegenteil bewirken. Sie sollten aus dem Desaster der Kölner Informationspolitik hier Lehren ziehen.

Darf ich Sie an eine andere Aussage Ihrerseits in der Veranstaltung am 2. November 2015 erinnern? Auf mögliche Straftaten in und um Flüchtlingsunterkünfte angesprochen, haben Sie sinngemäß geantwortet, dass das alles nicht so schlimm sei und es sich hauptsächlich unter den Flüchtlingen selbst abspiele. Wie darf man das bitte verstehen? Sind die Flüchtlinge selbst nicht gleichwertige Mitglieder einer Gesellschaft und damit ohne Rechte und Pflichten wie wir auch?

Anwesende Bürger berichteten Ihnen da von selbst beobachteten Schlägereien und in der Presse veröffentlichten Vorfällen wie Drogenhandel und "Sex mit 13-Jähriger".

Letzter Fall ist umso gravierender, dass es in der Presse mehrere Versionen gibt, um deren Aufklärung ich bitte. So schreibt das BT am 29. Oktober 2015: "Das zum Tatzeitpunkt 13 Jahre alte Mädchen lebte mit seiner Familie ebenso wie die Tatverdächtigen in einer Unterkunft der Kurstadt. Die sexuellen Kontakte sollen in mehreren Unterkünften stattgefunden haben."
Am 4. November 2015 heißt es dann im BT: "Im Fall des 13-jährigen Mädchens, das angeblich sexuelle Kontakte zu Asylbewerbern hatte (wir berichteten), laufen jetzt Ermittlungsverfahren gegen zwei Flüchtlinge (19/22). "
Meine Frage hierzu: Haben die sexuellen Kontakte in mehreren Unterkünften stattgefunden oder "nur" in einer?

Verwirrend sind auch die Informationen über den Verbleib des Mädchens und deren Wohlergehen.
Im BT vom 29. Oktober 2015 heißt es: "Mittlerweile sei das Mädchen von der Familie getrennt worden und stehe in einer anderen Stadt unter sozialpädagogischer Betreuung. Die Familie sei ebenfalls woanders untergebracht worden, so der Bürgermeister." Der Wortlaut des BT am 4. November 2015: "Das Mädchen wurde von seiner Familie getrennt und ist nicht mehr in Baden-Baden."
Damit ist nicht klar, ob sich das Mädchen in Deutschland aufhält und ggf. als Zeugin zur Verfügung steht.

Während der Gemeinderatssitzung am 30. November 2015 wollte der anwesende, zuständige Polizeipräsident meine Anfrage wegen der "laufenden Ermittlungen" nicht beantworten.

Wir haben jetzt Mitte Januar und ich bitte Sie nochmals zu veranlassen, dass über die Ermittlungen berichtet wird.
Meine Fragen hierzu: Geschahen die Taten in einem oder mehreren Flüchtlingsunterkünften? Welche Rolle haben die Eltern bzw. der Vater gespielt? Warum wurde das Mädchen von ihnen getrennt? Hat das Mädchen inzwischen zusammen mit ihren Eltern Deutschland verlassen oder lebt es noch getrennt von ihnen in einer anderen Stadt in Deutschland unter sozialpädagogischer Betreuung? Ist bzw. war das Mädchen schwanger?

Auch ein kürzlich berichteter Vergewaltigungsfall (BT 29. Dezember 2015) beunruhigt mich. Danach hat ein Bewohner einer Flüchtlingsunterkunft in Rastatt eine Bekannte vergewaltigt, die ihn an Heiligabend in ihre Wohnung eingeladen hat. Er befindet sich allerdings auf freiem Fuß, da die Staatsanwaltschaft den beantragten Haftbefehl nicht stattgegeben hat.

Wir wollen in Baden-Baden ein friedliches Miteinander, dazu gehört eine Offenlegung von ehrlichen Zahlen, Fakten, Vorkommnissen. Präventionsmaßnahmen, um mögliche Straftaten zu verhindern, sind dabei unabdingbar. Ein Verteilen von Broschüren reicht nicht, denn erstens ist keiner gezwungen, sie zu lesen, und zweitens muss sich keiner danach richten.

Ich habe mich einen großen Teil meines Lebens für ein gleichberechtigtes, unversehrtes Wohlergehen von Mädchen weltweit eingesetzt und wurde dafür im April letzten Jahren mit dem höchsten Verdienstorden des Landes Baden-Württemberg geehrt.

Weil es in Baden-Baden erste Anzeichen gibt, dass diese fundamentalen Werte für Mädchen und junge Frauen nicht beachtet werden, erhebe ich meine Stimme.

Sie können mir jetzt gerne vorwerfen, gar beschimpfen, dass ich "geistige Brandstiftung" betreibe. Das kann ich aushalten. Nicht aushalten könnte ich den Vorwurf, mich nicht für die Rechte von Mädchen und jungen Frauen in dieser für sie prekären Situation eingesetzt zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

Marianne Raven

Marianne Raven
Stadträtin